

vergammelt immer weiter



Außen gerade noch ok, innen eine Katastrophe. Seit 1993 denkt man an ein neues Bad in Eggenberg. Fix ist aber noch immer nix. Für KPÖ-Klubchef Sepp Schmalhardt besteht höchster Handlungsbedarf.

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Gemeindewohnungen nicht verkaufen!

Es gibt die Möglichkeit, dass Mieter von Gemeindewohnungen ihre Wohnung kaufen. Das soll gestoppt werden, fordert KPÖ-Gemeinderätin Christine Schönberg: „Immer mehr Grazer können sich auf dem freien Markt keine Wohnung leisten und sind daher auf das Wohnungsangebot der Stadt angewiesen.“ Mehr als 1300 Personen warten derzeit nach positiver Bewertung ihrer Ansuchen auf eine Gemeindewohnung. Der Mangel konnte auch durch die Errichtung von 377 neuen Wohneinheiten seit 1998 nicht verändert werden. Es ist noch mit einer Verschärfung der Situation zu rechnen.

Seit 1989 wurden mehr als 100 Gemeindewohnungen billig verkauft und kön-



nen deshalb von der Stadt nicht mehr vergeben werden. Eine Berechnung des Wohnungsamtes hat ergeben, dass die Aufwendungen der Stadt Graz für diese Verkäufe den Verkaufserlös übersteigen, das heißt für die Stadtkasse: Außer Spesen nichts gewesen. Allerdings ist die Gemeindewohnung dann privat und kann nicht mehr vergeben werden.

Deshalb forderte die KPÖ: Machen wir endlich Schluss mit der Verscherbelung von Gemeindewohnungen!

Graz als Hauptwohnsitz attraktiver machen

Dem Plan von Bürgermeister Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Wolfgang Riedler, in Graz eine Abgabe für Nebenwohnsitze (300 Euro pro Jahr) einzuführen, kann KPÖ-Stadträtin Elke Kahr wenig abgewinnen:

„Die KPÖ hat vor der letzten Volkszählung einige Initiativen eingefordert, um Graz als Hauptwohnsitz attraktiv zu machen. Dazu gehört der Bau zusätzlicher Gemeindewohnungen, deren Zuweisung an den Hauptwohnsitz gebunden ist. Wir halten es für besser, Anreize zu schaffen als neue Belastungen zu erfinden“, so die Wohnungsstadträtin.

Für Studierende aus den Bezirken bringe eine Nebenwohnsitzabgabe auf den ersten Blick große Probleme mit sich. Dabei handle es sich nicht nur um die finanzielle Belas-

tung, sondern auch um Sozialleistungen, die nicht mehr gewährt würden, wenn der Hauptwohnsitz in Graz sei.

„So werden wir weder die Finanzprobleme der Stadt in den Griff bekommen noch die Abwanderung ins Umland von Graz stoppen“, ist Kahr überzeugt. Detail am Rande: Seit der letzten Volkszählung 2001 zählt die Stadt 20.000 Bewohner mehr!

RAT UND HILFE



Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at